



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die  
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

im Hause

Berlin, 17. Mai 2023

**Notaufnahmen entlasten – für die Menschen, die wirklich dringend  
Hilfe benötigen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Tage wird viel über die Notaufnahmen der Krankenhäuser diskutiert. Fest steht: Leider gehen immer öfter Menschen spontan in die Notaufnahme, obwohl es sich überhaupt nicht um medizinische Notfälle handelt – sei es ein kleiner Insektenstich oder eine leichte Erkältung, wochenlang, gleichbleibende Rückenschmerzen oder ein Ausschlag auf der Haut, der schon seit Tagen besteht.

Mit Notfällen haben solche Beschwerden wenig zu tun. Trotzdem wählen viele Patientinnen und Patienten den Weg in die Rettungsstelle, weil sie ohne Termin erreichbar ist, eine breite Diagnostik anbietet und auch am Wochenende immer geöffnet ist. Dabei wäre es in solchen Fällen viel angemessener, zur Hausärztin/ Hausarzt zu gehen oder noch einige Tage abzuwarten. Nicht nur für die Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte in den Notaufnahmen ist das ärgerlich, denn sie sind spezialisiert auf die Versorgung von Notfällen und Schwerverletzten. Im Ernstfall müssen andere Patientinnen und Patienten, die wirklich dringend Hilfe brauchen, sogar länger warten.

Darum stoßen wir als Union eine Debatte an, wie die Notaufnahmen der Kliniken entlastet werden können – so, dass sie sich wieder voll und ganz auf jene Patientinnen und Patienten konzentrieren können, die in der Notaufnahme leider wirklich am richtigen Ort sind: Verkehrsunfallopfer, Menschen mit Schlaganfällen, allergischen Schocks und viele andere. Wir sind der Auffassung, dass wir in eindeutigen Bagatell-Fällen auch über eine Eigenbeteiligung sprechen sollten – für Fälle, in denen glasklar ist: Das ist offensichtlich kein Notfall. Ansonsten zahlen die Mitmenschen für das bewusste Fehlverhalten Einzelner. Das solidarische Gesundheitssystem funktioniert nur, wenn jeder Einzelne auch seiner Eigenverantwortung nachkommt.

**Tino Sorge MdB**  
Gesundheitspolitischer  
Sprecher

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-77410  
F 030. 227-76408

[tino.sorge@bundestag.de](mailto:tino.sorge@bundestag.de)  
[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

**Stephan Pilsinger MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-72520  
F 030. 227-70520

[stephan.pilsinger@bundestag.de](mailto:stephan.pilsinger@bundestag.de)  
[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

Dass nach einer Woche mit Rückenschmerzen am Sonntag ins Krankenhaus gefahren wird, nur weil die Praxen noch einen Tag lang geschlossen sind, kann nicht zur Selbstverständlichkeit werden. Wer leichtfertig in die Notaufnahme geht, obwohl kein Notfall vorliegt, belastet unser Gesundheitswesen zulasten all jener, die wirklich dringend Hilfe brauchen. Daraus entstehen erhebliche Kosten, die wir nicht länger nur der Allgemeinheit aufbürden dürfen.

Dennoch: Es steht außer Frage, dass der Besuch der Notaufnahme für alle Bürgerinnen und Bürger ohne Zusatzkosten bleiben muss, wenn er gerechtfertigt ist. Wer einen medizinischen Notfall hat, kann und soll jederzeit in die Notaufnahme gehen. Dazu gehört aber auch, dass diejenigen Rücksicht nehmen müssen, bei denen es offensichtlich kein Notfall ist.

Mittlerweile wissen wir alle, dass eine telefonische Beratung über die 116, 117 und notfalls auch über die 112 möglich ist, inwieweit wirklich sofort Hilfe im Krankenhaus benötigt wird, oder beispielsweise am Wochenende noch einen Tag gewartet werden kann, bis die Arztpraxis wieder öffnet. Es schadet anderen Patientinnen und Patienten, wenn die Notaufnahme leichtfertig in Anspruch genommen wird. Dahinter steckt immer öfter eine Flatrate-Mentalität, die wir uns im Gesundheitswesen aber nicht leisten können.

Unser Gesundheitssystem zählt zu den besten der Welt. Das soll auch so bleiben. Wer in Deutschland im Notfall Hilfe braucht, bekommt sie auch. Dafür müssen wir aber mit den Ressourcen und Notfallstrukturen haushalten. Wir dürfen die Notaufnahmen nicht mit Bagatell-Fällen überfordern, denn sie sind kein Ersatz für den Arztbesuch.

Herzliche Grüße,

  
Tino Sorge, MdB

  
Stephan Pilsinger, MdB